

Neue Zürcher Zeitung

Der Ständerat kürzt den Sozialausbau für ältere Arbeitslose

Die geplanten Überbrückungsleistungen haben im Ständerat einen schweren Stand. Eine bürgerliche Mehrheit hat überraschend starke Eingriffe beschlossen – zum sichtbaren Ärger von Bundesrat Alain Berset.

Fabian Schäfer, Bern
12.12.2019, 11:12 Uhr



Ältere Langzeitarbeitslose sollen künftig Anrecht auf Überbrückungsleistungen haben – aber weniger lange als vom Bundesrat geplant.

Gaëtan Bally /
Keystone

Wieder Ruedi Noser. Der FDP-Ständerat aus Zürich hat einmal mehr mit einem Einzelantrag einem Geschäft seinen Stempel aufgedrückt, bei dessen Vorberatung er nicht dabei war, weil er nicht der entsprechenden Kommission angehört. Am Donnerstag konnte er eine bürgerliche Mehrheit überzeugen, das Konzept der geplanten Überbrückungsleistungen (ÜL) für ältere Langzeitarbeitslose umzubauen. Im Vergleich zu den Plänen des Bundesrats will der Ständerat die neuen Sozialleistungen sowohl in der Höhe als auch in der Zeitdauer wesentlich kürzen.

Konkret ist vorgesehen, dass Personen, die mit 58 Jahren die Stelle verlieren und mit 60 ausgesteuert werden, die neuen Leistungen beziehen können. Das hatte schon der Bundesrat so geplant. Neu ist aber,

dass das Geld weniger lange ausbezahlt werden soll: Die Zahlungen fliessen gemäss Nosers Konzept nur bis zu dem Tag, ab dem der Vorbezug der AHV möglich ist. Bei Frauen ist dies mit 62 Jahren der Fall, bei Männern mit 63. Ab diesem Zeitpunkt erhalten Betroffene keine ÜL mehr. Das heisst auch: Für Männer, die mit 63 Jahren oder später ausgesteuert werden (Frauen: 62), ändert sich im Vergleich zu heute nichts. Sie kommen nicht in den Genuss der neuen Sozialleistung.

Bundesrat wollte maximal 4860 Franken im Monat zahlen

Spätestens mit 62/63 Jahren gelten jedoch wieder für alle dieselben Bedingungen, egal, ob sie zuvor ÜL bezogen haben oder nicht: In diesem Alter müssen sich alle entscheiden, ob sie die Renten aus der AHV und der Pensionskasse vorbeziehen wollen, wobei diese lebenslänglich gekürzt werden. Gleichzeitig erhalten sie mit dem Rentenbezug Anrecht auf die bereits bestehenden Ergänzungsleistungen (EL), falls sie ihre Lebenshaltungskosten nicht selber decken können. Wer Vermögen oder andere Möglichkeiten hat, kann den Rentenvorbezug vermeiden, um der Kürzung zu entgehen.

Gleichzeitig hat der Ständerat auch die Höhe der neuen Leistungen gekürzt. Die Einzelheiten sind teilweise noch offen, diese muss der Nationalrat festlegen. Nosers Ansatz ist aber klar: Die neuen ÜL sollen gleich hoch sein wie die bereits bestehenden EL für Rentner. Der Bundesrat hatte das anders geplant, er wollte die ÜL wesentlich grosszügiger ansetzen. Das Maximum hätte für Alleinstehende bei 4860 (steuerfreien) Franken im Monat liegen sollen. In Nosers Logik hingegen werden lediglich die bestehenden EL zeitlich nach vorne ausgebaut, damit auch ältere Langzeitarbeitslose ab 60 Zugang dazu haben. Heute gibt es erst EL, wenn man eine AHV-Rente bezieht.

SOZIALISTEN



ANZEIGE

Verkaufen Sie Ihr Haus?

Erfahren Sie in nur 3 Minuten den Marktwert Ihrer Immobilie.

[Jetzt ausprobieren!](#)

Eine Aktion zur Rettung der Personenfreizügigkeit

Sozialminister Alain Berset (sp.) reagierte in der Debatte sichtlich ungehalten auf die unerwartete Kürzung. Er warf der Mehrheit vor, nach ihrem Konzept würden die ÜL die Lebenshaltungskosten gar nicht mehr decken. Noser erinnerte ihn aber daran, er habe eigens erwähnt, der Nationalrat müsse dies so ausgestalten, dass die Leistungen der Höhe der EL entsprechen. Ohnehin bedeutet die Vorlage für Betroffene eine Besserstellung, da sie heute einzig Zugang zur Sozialhilfe haben.

Generell war im Ständerat eine starke Skepsis gegenüber den ÜL zu spüren. Die SVP stimmte geschlossen dagegen, und auch in CVP und FDP gab es grosse Minderheiten, die nicht einmal auf die Vorlage eintreten wollten. Als Nächstes ist der Nationalrat in der ersten Session des neuen

Jahres am Zug. Die ÜL sind eine Reaktion auf die Begrenzungsinitiative der SVP, die das Ende der Personenfreizügigkeit mit der EU verlangt. Sie kommt voraussichtlich im Mai an die Urne. Der Sozialausbau soll verhindern, dass zahlreiche ältere Angestellte, die wegen des freien Personenverkehrs um ihre Stelle fürchten, für die SVP-Initiative stimmen.



Sozialausbau im Eilverfahren: Der Bundesrat will ältere Arbeitslose besser absichern

Schon ab 2021 will der Bundesrat Überbrückungsleistungen an ältere Arbeitslose auszahlen. Der Sozialausbau soll der SVP-Initiative gegen die Personenfreizügigkeit den Wind aus den Segeln nehmen. Am Mittwoch hat der Bundesrat die Details festgelegt. Er will den Zugang noch leicht vereinfachen.

Fabian Schäfer 30.10.2019



KOMMENTAR

Überbrückungsrente: Der Sozialausbau im Hauruckverfahren ist fragwürdig

Der Bundesrat will die neue Sozialleistung für Ältere noch vor der Volksabstimmung über die Personenfreizügigkeit durchs Parlament bringen. Dabei spricht taktisch und inhaltlich wenig für den Vorschlag.

Tobias Gafafer 30.10.2019



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.